

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhofs 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copelandstr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung höherer als 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders verordnet ist. Gebührenart für beide Teile ist Zehn.

Berlin, den 22. August 1931

Internat.
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Politik verboten.....

Die Hochschulen dulden nur noch "unpolitische" Studentengruppen.

SPD. Rektor und Senat der Berliner Universität, der grössten deutschen Hochschule, haben kurz vor dem offiziellen Abschluss des Sommersemesters die Anschlagbretter der politischen Studentengruppen beschlagnahmt und diesen Gruppen die hochschulmässige Anerkennung entzogen. Den Mut zu einer Begründung dieser rigorosen Massnahme haben die Herren Professoren nicht gefunden; sie haben die Vereinigungen lediglich wissen lassen, dass sie ihre "Bretter" vom Sekretariat der Hochschule abholen dürften.

Diese Aktion der Berliner Hochschulverwaltung stellt nicht einen Einzelfall dar, über den man mit der blossen Anprangerung hinweggehen könnte. Es werden im Laufe des Winters zweifellos viele Hochschulen mit Freuden das Berliner Beispiel nachahmen. Aber nicht nur deswegen wird der Berliner Fall bedeutsam. Man braucht es zur Schande der geistigen Haltung der heutigen Hochschulführer nicht zu verschweigen, dass das Verbot aller politischen Studentenorganisationen nur der normale Abschluss einer typisch spießbürgerlichen, ungeistig-politischen Entwicklung darstellt, die sich in den letzten Jahren in dem mehr oder weniger deutlichen Sabotageverhältnis zwischen Hochschule und Staat gezeigt hat. Die Mehrheit der Professorenschaft selbst hatte sich längst aus Feindschaft zu der demokratischen Entwicklung seit 1918 in die passive, "unpolitische" Zurückgezogenheit geflüchtet und darauf verzichtet der Republik einen Führerteil zu stellen. Alles Staatliche, Parlamentarische wurde als "Parteisache", nicht national, nicht autoritär in Verruf gebracht. Den Studenten wurde entweder von den gesellschaftlichen Zusammenhängen entseeltes Wissen vermittelt oder im besten Falle das verlogene und falsche Ideal unpolitischer, überparteilicher Volksgemeinschaft nationalistischer und chauvinistischer Prägung gepredigt.

Den Schaden davon hat die deutsche Wissenschaft selbst zu spüren bekommen: Den Hochschulen ist von anderen Volkskreisen und Institutionen das Vorrecht der Forschung und Lehre streitig gemacht worden. Die Weisheit der Professoren hat keine unbedingte Geltung mehr vor dem Volke. Die Universität als alma mater ist der geistig-wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus und seinem Zusammenbruch mitverfallen! Dem wäre nur durch eine neue, kritisch-politische Haltung zu begegnen gewesen. Die Freiheit der Lehre und die wirkliche Objektivität der Wissenschaft hätten bedingt, dass sich die Professorenwelt nach 1918 nicht in erheuchelter Neutralität dagegen gewehrt hätte, dass auch die Probleme des Sozialismus, des Kommunismus und auch offen die Struktur des Kapitalismus den Studenten klargemacht würden. Statt dessen wurde fast jeder sozialistische Dozent, der einen Lehrstuhl erhielt, von den "Kollegen" als Parteimann, wenn nicht gar (wie Lessing, Gumbel u.a.) als Landesverräter hingestellt. Und da, wodie passive Neutralität der Gelehrtenwelt nicht die gewünschte Wirkung nach aussen hatte, wurden hintenherum über die "Alten Herren" der Korporationen die Studenten zu Protest und Gewalttätigkeit aufgeputscht, bis von Jahr zu Jahr

die Zustände unhaltbarer wurden, d.h. bis die Polizei immer wieder die gestörte Ordnung herzustellen gezwungen war.

Beigetragen hat zu dieser Entwicklung, dass die Masse der bürgerlichen Studenten keine wirkliche geistige Führung in ihren Hochschullehrern erblickte, weil alles Positive, alles politisch Richtungweisende ja von den Professoren aus Angst oder Unfähigkeit wegen der "marxistischen Parteistaatsverhältnisse" verschwiegen wurde. Auf amtlichen Verfassungsfeiern redeten die Herren von der Weltbedeutung des Kautschuks (Prof. Schumacher 1930 in Berlin) und anderen wissenschaftlichen "Problemen", nur nicht von deutscher Politik oder von Kulturzusammenhängen des Weltgeschehens. So wurden die bürgerlichen jungen Studenten "Politiker" auf eigene Faust, radikale Diktaturlüstlinge nach Hitlers Machart.

Gegen diese Professoren- und Studentenwelt, als Minderheit zunächst, aber zum grossen Teil hervorgegangen aus den unteren Volksschichten begannen die linken Studenten, in republikanischen und sozialistischen Gruppen die politische Gegenwehr. Mit dem Anwachsen dieser Gruppen verschärften sich die politischen Auseinandersetzungen in der Studentenschaft zwangsläufig immer mehr. Die Studentenkrawalle riefen die Aufmerksamkeit der breitesten Öffentlichkeit hervor. Die Hochschulprofessoren wussten zunächst in ihrer politischen Hilflosigkeit keinen anderen Rat, als - die Polizei zu rufen und einzelne Anschlagbretter der Studenten zu verbieten. Und weil der Appetit beim Essen kommt, so rieten einzelne Rektoren immer wieder, man müsse ganz einfach die politischen Gruppen verbieten, damit Friede in der Hochschule herrsche. Kern der Weisheit: Der Radikalismus, überhaupt jeder politische Kampf ist tot, wenn man ihn verbietet!!

Nun hat sich die Berliner Universität den Ruhm verschafft, die Politik verbieten zu haben. Die Erfahrungen, die sie mit dieser Massnahme machen wird, werden ihr kein weiteres Ruhmesblatt verschaffen. Die Wiener Hochschulzustände, wo man seit Jahren die Sozialistische Studentenschaft "verbietet", auch ein Beispiel dafür, dass durch derartige Mittel erst recht die Ordnung der Hochschule gestört wird! Und zudem sind erfreulicher Weise die sozialistischen Studenten seitdem zahlenmässig und an politischem Einfluss ungeheuer gewachsen. In Berlin sind zwar auch einige offen politische Studentenvereinigungen der Rechten mitverboten worden. Aber die reaktionären Korporationen, in deren Reihen bei Mensur und Kommersen doch deutlich genug gegen die Republik politisiert wird, dürfen weiter ihre Propaganda treiben!! Wenn auch auf ihren Brettern die Zugehörigkeit zur völkischen "Deutschen Studentenschaft" betont (Brett der "Fraktion Waffenring") oder das "unpolitische" Motto: "Mit Gott für Kaiser und Reich" verkündet wird (Brett des "Vereins Deutscher Studenten"): das sind für Rektor und Senat keine politischen Vereine!

Wir wollen nicht prophezeien, aber die Professoren werden für diese Ungestigkeit ernten, was sie gesät haben. Die Ruhe der Universität ist gefährdet worden durch die verantwortlichen Hochschulführer selbst. Hier zeigt sich, dass der Staat rechtzeitig eingreifen muss. Reform der Hochschulen an Organisation und Lehrern tut not!

SPD. Paris, 22. August (Eig. Drahtb.)

Die von Linkspolitikern geleitete Wochenzeitschrift "Lumière" nimmt am Sonnabend in scharfer Weise gegen die der ungarischen Regierung am 14. August von französischen Banken mit Unterstützung holländischer und schweizerischen Banken gewährte Anleihe von 100 Millionen Mark Stellung. Sie kennzeichnet diese Anleihe als einen Skandal, hinter dem ein Geheimnis stecke. Am vergangenen Montag habe die ungarische Regierung den Anleihebetrag oder einen grossen Teil erhalten, ohne dass die Anleihe öffentlich zur Zeichnung aufgelegt worden sei. Ja, es sei nicht einmal sicher, dass das Geld von Banken stamme. Man müsse also fragen, wer es in Wirklichkeit vorgestreckt habe.

SPD. Frankfurt/M., 22. August (Eig. Dr.)

Am Sonnabend wurde hier der 6. Reichsjugendtag der sozialistischen Arbeiterjugend feierlich eröffnet.

Mit Gesang und Musik ziehen die Gruppen in die grosse Festhalle hinein. Eine Brandung von blau und rot schlägt vom Parkett bis zu den höchsten Rängen hinauf. Die Saalordner haben alle Hände voll zu tun, um den unaufhörlich einflussenden Strom an die rechten Plätze weiterzuleiten. In mustergültiger Ordnung wird Sektor auf Sektor besetzt. Das Gewirr vieler tausend Stimmen rauscht zur hohen Kuppel hinauf, kein Platz bleibt frei. Nie sah die Festhalle eine solche einheitliche Masse junger Kämpfer.

Inzwischen sammeln sich draussen auf der östlichen Hälfte des Geländes die Bannerträger etwa 1000 Mann, ein einziges rotes Feld von Fahnen ballt sich zusammen, ein blutrotes riesenhaftes Fanal von tausend Menschen gehalten, die wissen, dass das Symbol der Zukunft über ihren Häuptern flattert. Einige Zeit vor Beginn der Kundgebung marschieren die Bannerträger, zu zwei grossen Zügen gestaltet, in den Saal. Jubelnder Beifall braust auf. Die beiden roten Ströme vereinigen sich wieder in der Halle unter dem schmetternden Ton der Fanfaren (Fanfarenbläserchor der SAJ. Bezirk Darmstadt). Nun schreiten die Bannerträger die Treppen zur Tribüne hinauf, wo sie endgültig Aufstellung nehmen, sodass das Podium vom Wald der Fahnen eingerahmt ist.

Trommler und Pfeifer (Spielmannszug der Frankfurter Jugend und der Arbeitersportler) kündigen den Bekenntnisgesang an: Aufruf an Brüder und Genossen, die von der "Liebe und der Not verbunden" sind. Der Frankfurter und der Wiesbadener Jugendchor (Leitung Max Barth) singen diesen einstimmigen Gesang, der kampfesroh und selbstbewusst zur Sammlung aufruft. Wieder beschliessen die strengen Rhythmen des Schlagzeuges diesen Ruf, der durch die Halle braust um die Jugendlichen des grossen Tages zu begrüessen. Ein Mitglied des Hamburger Sprechchors rezitiert dann den Festspruch von Max Barthel.

Erich Ollenhauer begrüsst den 6. Reichsjugendtag im Namen des Hauptvorstandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands. Dieser Tag werde in der Geschichte der Bewegung fortleben als eine der machtvollsten Willenskundgebungen der arbeitenden Jugend für den Sozialismus. Die Opfer, die jeder einzelne unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen gebracht habe, um an dieser Tagung teilzunehmen, seien nicht umsonst gebracht: "Wir fühlen uns eins mit den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen aller Länder, und in diesem Sinne grüssen wir besonders herzlich unsere Gäste und Freunde aus Österreich, Holland und Dänemark, aus der Tschechoslowakei und der Schweiz. Vor allem aber gilt unser Gruss unseren französischen und belgischen Freunden. Wir werden den grausamen und opfervollen Anschauungsunterricht unserer Jugendzeit über den Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und über die Brutalität des Faschismus niemals vergessen. Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt, der Demokratie, des Sozialismus und des Völkerfriedens. Freundschaft!" (Stürmischer Beifall.)

Im Namen der Stadt Frankfurt begrüsst Bürgermeister Eduard Gräf den Jugendtag. Weitere Grüsse entbieten Legendorf für die sozialistische Arbeiterjugend Gross-Frankfurts, Panitz für den österreichischen Jugendverband und Westphal für den Vorstand der sozialdemokratischen Partei.

Dann erscheinen wieder die jungen Sänger. "Wir wollen keinen Krieg mehr führen, nie mehr der Völker Zwietracht schüren!" sind auch in der modernen musikalischen Aufmachung wirkungsvolle und inhaltsschwere Bekenntnisworte des singenden Jungvolkes. Beide Kompositionen Knorrs erlebten auf dem Frankfurter Reichsjugendtag ihre Uraufführung. Mit Scherchens vierstimmigem Satz: "Brüder zur Sonne zur Freiheit!" beschloss der junge einheimische Jugendchor sein gesängliches Debut in anerkannter Form. Der Bewegungschor der SAJ Pfalz zeigte dann die wundervollen Laban'schen Gymnastik- und Rhythmus-Chöre "Marsch der Arbeit" und "Hymnus der Arbeit", die in ihrer starken Ausdrucksform das Interesse der zahlreichen Zuhörerschaft zu erwecken vermochten. Mit dem

Anulffschen "Dem Morgenrot entgegen" beschliesst man den Auftakt zum Reichsjugendtag.

Es war eine künstlerisch geschlossene und sehr eindrucksvolle Feier, die schönste wohl die je ein Jugendtag gesehen.

SPD. Celle, 22. August (Eig. Drahtb.)

Das Erweiterte Schöffengericht Celle verurteilte 9 Kommunisten zu Gefängnisstrafen zwischen 1 Jahr und 3 Monaten.

Die Angeklagten waren beschuldigt, am 12. Juli einen Stahlhelmmzug überfallen und mehrere Personen verletzt zu haben. Im Verlauf der Verhandlung bestritten die Angeklagten, an dem Krawall beteiligt gewesen zu sein. Die Staatsanwaltschaft und das Gericht hielten die Angeklagten jedoch des Landfriedensbruchs, der schweren Körperverletzung und des unbefugten Waffenbesitzes für schuldig. Die Untersuchungshaft wurde bei sämtlichen Angeklagten angerechnet.

SPD. Paris, 22. August (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische Abg. Grumbach schreibt in der Zeitschrift "Lumière" über den französischen Ministerbesuch in Berlin:

"Die Tatsache, dass noch sechs Wochen vor uns liegen, in deren Verlauf man ohne Ueberstürzung das Programm vorbereiten kann, berechtigen zu der Hoffnung, dass der Berliner Besuch nicht nur weil er ein sensationelles Ereignis darstellt, sondern wegen der praktischen Schlussfolgerungen, zu denen die Verhandlungen kommen müssen, ein glückliches Datum in den Beziehungen der beiden Länder bilden wird. Ich weiss, dass Laval und Briand einen Plan haben, der sich besonders auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit bezieht und Vorschläge von höchstem Interesse enthält. Nach einer längeren Unterredung, die ich mit Reichskanzler Brüning in Berlin hatte, weiss ich, dass Brüning Ideen hat, die sich in derselben Richtung bewegen, und dass er durch ihre Verwirklichung eine Atmosphäre zu schaffen hofft, die die systematische Fortsetzung des Werkes der gegenseitigen Annäherung und Durchdringung sichern würde. Aber ich bin mir auch der zahlreichen und ernsthaften Hindernisse bewusst, die die verantwortlichen Staatsmänner zu beseitigen haben werden. Es gibt aber nicht ein einziges Hindernis wirtschaftlicher oder politischer Art, das, wenn auch nicht von heute auf morgen so doch in gewisser Zeit, unüberwindbar erscheint. Das wichtigste ist, durch Handlungen zwischen beiden Völkern, zwischen beiden Regierungen und Parlamenten eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen."

SPD. Madrid, 22. August (Eig. Drahtb.)

Die spanische Regierung hat den grössten Teil der katalanischen Zeitungen verboten. Anlässlich der Massnahmen der Regierung gegen die staatsfeindliche Haltung der Kirchenbehörden forderten die Blätter zum Aufruhr und zur Bewaffnung auf. Im Zusammenhang mit diesen Aufforderungen hat die Regierung zwei katalanische Waffenfabriken militärisch besetzen lassen. Ausserdem liess sie zahlreiche Persönlichkeiten der Kirchenbehörden verhaften.

SPD. Die Reichsregierung beabsichtigt energische Schritte gegen die Spitzengehälter in der Verwaltung und in der Wirtschaft.

Die Gehälter der Minister in Reich und Preussen sind durch die Notverordnungen vom Dezember 1930 und Juni 1931 bereits um 25 bis 30 Prozent gekürzt worden. Die Regierung will nun auch die Kürzung derjenigen Oberbürgermeistergehälter erzwingen, die nach Ansicht der Regierung zu hoch sind. Es handelt sich um fünf bis zehn Gehälter, die gleich oder höher sind als die Ministergehälter. Schliesslich dringt die Reichsregierung auch auf eine starke Kürzung der Einkommen in der Privatwirtschaft. Hier kommen zahlreiche Gehälter und Nebeneinnahmen in Betracht, die im Verhältnis zu den Ministergehältern eine geradezu phantastische Höhe haben. Jährliche Einkommen von 500 000 Mark sind bei Grossbanken und Wirtschaftsunternehmungen durchaus keine Seltenheit. Die Reichsregierung glaubt keine Möglichkeit zu sehen, im allgemeinen gegen diese Rieseneinnahmen vorzugehen, weil die Privatwirtschaft immer Mittel und Wege findet, herabgesetzte oder weggesteuerte Gehälter auf andere Weise zu ergänzen, etwa durch Tantiemen, Aufsichtsratsvergütungen oder auf andere Weise. Deshalb scheint man sich zunächst die Banken und Werke vorgenommen zu haben, die infolge der gegenwärtigen Krise vom Reich kontrolliert werden. Die Gehälter der Direktoren dieser Firmen, die zurzeit ausschliesslich oder hauptsächlich von der Reichsunterstützung oder der Reichsgarantie leben, haben durch die Einwirkung der Reichsregierung bereits eine Senkung erfahren. Man hört, dass die Gehälter aber immer noch wesentlich über den Ministerbezügen liegen, obwohl sie schon um mehr als 50 Prozent herabgesetzt worden sind. Die Massnahmen der Regierung beziehen sich auch auf die Aufsichtsratsvergütungen und sollen die Möglichkeit anderer Nebeneinkünfte nicht offen lassen.

Die Regierung wird sich durch Massnahmen gegen die überhöhten Gehälter, die in der Privatwirtschaft gezahlt werden, zweifellos die Sympathien des Volkes erwerben. Wenn man hinsichtlich der Gehälter irgendwo in der deutschen Wirtschaft Mass und Ziel verloren hat, dann bei den industriellen Direktorengehältern. Gehälter bei Bankgeneraldirektoren liegen beispielsweise auf der Linie von 500 000 Mark pro Jahr und selbst Amerikaner, die davon erfahren, äussern ihr Erstaunen darüber, dass die deutsche Wirtschaft überhaupt solche Gehälter zahlen kann. Die Herren mit diesen Gehältern haben den Lohnabbau in Deutschland betrieben und die Löhne zum Teil um über 50 Prozent vermindert, obwohl sie an sich schon nicht mehr zum Leben ausreichten.

Allerdings hat man hier und da auch von einer Verminderung von Generaldirektorengehältern gehört. So hat Generaldirektor Vögler vom Ruhrtrust in eine Ermässigung um 10 Prozent eingewilligt. Nach dieser Gehaltskürzung bezieht Vögler aber immer noch die Kleinigkeit von 360 000 Mark im Jahre. Noch höher sind die Gehälter in der Elektroindustrie. Bei dem Leiter eines bekannter Elektrokonzerns spricht man von einem Gehalt von rund 2,5 Millionen Mark. Ein Siemensdirektor vom Schlage Koettgen bezieht 250 000 Mark usw. Dazu kommen noch Tantiemen, Aufsichtsratsvergütungen usw. In welchem Ausmass sich diese bewegen, beweist z.B. eine kürzlich für die Kunstseidenindustrie getroffene Feststellung, nach der für den Vorstand die Kleinigkeit von 650 000 Mark bis 1,6 Millionen Mark pro Jahr an Tantiemen gezahlt werden. Oft werden durch derartige Nebenbezüge die Gehälter verdoppelt.

SPD. Budapest, 22. August (Eig. Drahtb.)

Der mit der Regierungsbildung beauftragte Graf Karolyi hat seinen Auftrag am Sonnabend in die Hände des Reichsverwesers zurückgelegt. Wahrscheinlich wird zunächst der Versuch der Bildung eines Beamtenkabinetts gemacht und falls auch er scheitert, Karolyi nochmals mit der Regierungsbildung beauftragt werden. Karolyi gab den Auftrag zurück, weil seine Bemühungen um einen Finanzminister erfolglos blieben. Sowohl der frühere Aussenminister Walkow als auch der Präsident der Nationalbank weigerten sich, in eine von Karolyi geführte Regierung einzutreten.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat am Sonnabend beschlossen, die Verordnung über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen vom 18. Juli 1931 mit Wirkung von Mittwoch, dem 26. August 1931 ab aufzuheben. Für Grenzübertritte, die nach Dienstag, dem 25. August 1931 erfolgen, kommt daher die Ausreisegebühr nicht mehr in Frage. Eine Erstattung bereits entrichteter Ausreisegebühren kommt nur für die Fälle in Betracht, in denen der Grenzübertritt nach Dienstag, dem 25. August 1931 erfolgt ist.

+ + +

Die Ausreisesperre war vom ersten Tage an unhaltbar. Sie hat eine ungeheure Erbitterung und zweierlei Recht geschaffen. Wenn sie trotzdem 6 Wochenlang aufrechterhalten wurde, dann waren hierfür in erster Linie politische Gründe massgebend, die mit dem Abschluss der Baseler Stillhalteverhandlungen fortgefallen sind.

SPD. Ulm, 22. August (Eig. Drahtb.)

In Ulm kam es anlässlich der Aufführung des Films "Im Westen nichts Neues" an verschiedenen Stellen der inneren Stadt zu grösseren bedrohlichen Menschenansammlungen. Die Besucher des Films wurden beschimpft und tätlich angegriffen. Die Polizeibereitschaft musste in der Nähe des Filmpalastes und auf dem Münsterplatz wiederholt eingreifen. Etwa 25 Personen wurden zur Feststellung ihrer Personalien festgenommen. Die Krawallmacher waren blutjunge Burschen, die von gewissenlosen Hetzern aufgewiegelt worden waren.

SPD. Der vom Reichsernährungsminister Schiele sorgsam gepflegte Protektionismus treibt weitere Blüten. So teilt die Regierung neuerdings mit, dass sie von der ihr durch Notverordnung vom 1. Dezember 1930 erteilten Ermächtigung zur Einführung eines Hopfenverwendungszwanges Gebrauch machen wird. Durch die neue Massnahme werden die deutschen Brauereien verpflichtet, einen Teil des bisher verwendeten Auslandshopfens durch Inlandshopfen zu ersetzen. Der festzusetzende Hundertsatz soll aber nicht einheitlich für alle Brauereien gelten, sondern Rücksicht darauf nehmen, in welchem Umfange die einzelnen Brauereien bisher Auslandshopfen verwendet haben. Unberücksichtigt bleiben in allen Fällen die Hopfenmengen, die zur Herstellung von Ausfuhrbier verwendet werden. Die Verordnung tritt am 1. September in Kraft. Sie wird der Qualität des deutschen Bieres sicherlich nicht förderlich sein.

SPD. Frankfurt/M., 22. August (Eig. Dr.)

Im Rahmen des 6. Reichsjugendtages der sozialistischen Arbeiterjugend wurde am Sonnabend-Abend ein grosser Fackelzug veranstaltet, der bei den Teilnehmern und in der Bevölkerung einen gewaltigen Eindruck hinterliess. Im Verlauf der Veranstaltung nahm der preussische Volksbildungsminister Grimme das Wort zu folgenden Ausführungen:

"Schaut her, ihr 20 000 deutsche Arbeiterjugens und Mädels auf den Römer, von dessen Altan ich spreche. Und da seht hin, das Heiligtum der 48er Bewegung, seht sie die Paulskirche. Ihr steht vor mir als das Bauvolk der kommenden Welt und Erbe zugleich. Denn der Geist des demokratischen Deutschland, der euch beseelt, wo war er je lebendiger, wo war er reiner als damals 1848 hier in dieser Stadt. Damals, als selbstbewusster Bürgersinn dort drüben in der Paulskirche ein ganzes Volk aufgerufen hat zu demokratischer Gemeinschaft aller Volksgenossen am Bau der gesamten Nation. Die damals 48 drüben tagten, die wussten wie ihr es wisst, die ihr in dieser Sommernacht fast 100 Jahre später im Fackelzug durch die Frankfurter Strassen zogt: Deutschland wird nur

Nation sein, wenn es ein Volksstaat ist. Und doch: So hoch wir dieses Erbe halten und niemals mehr aus unseren Händen lassen wollen, und so wenig gerade ihr euch von den Rattenfänger melodien landfremder Diktatoren umgaukeln lasst, ihr wisst das andere auch, dass sich keine Jugend allein nach der Vergangenheit orientieren kann. Wohl seid ihr Demokraten, aber das genügt euch nicht. Ihr wollt dieser Form den Inhalt geben und deshalb fordert ihr den Volksstaat der sozialen Demokratie. Ihr wollt, dass in der neuen Staatsform Mensch wirklich Mensch werde. Denn das ist noch kein Endziel, wenn auf dem freigewordenen Thron der Fürsten ihre Majestät die Wirtschaft sitzt und souverän die Geißel schwingt. Ihr junge Garde des Proletariats wisst es besser als irgend wer, dass Wirtschaft Schicksal ist. Ihr habt es selbst erfahren, woher ihr kommt, vom Schraubstock oder vom Kontorbock, aus dem Bergwerk oder aus der Landarbeit oder den Stempelstuben der Arbeitsämter.

Aber gerade weil die Wirtschaft unser Schicksal ist, gilt es sie zu gestalten. Wir haben jederlei Absolutismus satt. Helft mit, dass eine Wirtschaft werde, die als System gebunden ist an die Normen der Gemeinschaftsethik. Und das muss wollen gerade wer Kultur will. Während Fehlmassnahmen der Privatwirtschaft uns mit Verlusten von immer neuen Hunderten von Millionen belasten, ist in den öffentlichen Kassen nicht das Geld um die sozialen und kulturellen Aufgaben der Jugend zu erfüllen. Das Ziel, das vor euch liegt, ist nicht durch einen blossen explosiven Begeisterungsakt erreichbar. Ihr kommt zum Ziel nur mit der stillen Flamme der gläubigen Nüchternheit im Herzen. Mit euch zieht der Glaube, dass ihr genau so Vorarbeiter und vielleicht schon Vollstrecker der sozialistischen Kultur seid, wie die Männer da drüben damals 48 Vorläufer des deutschen freien Volksstaates waren, dem ihr nunden Inhalt geben sollt, dass endlich jeder Mensch die Möglichkeit erhält sich zu vollenden - so formulierte es Frankfurts grosser Sohn, so forderte es Goethe. Ich fühle mich mit euch, der Armee der Arbeit und des Völkerfriedens verbunden und rufe euch euren Gruss zu: "Freundschaft!" "

Grimmes Rede fand stürmischen Beifall!

SPD. In dem Prozess gegen die nationalsozialistischen Mordbuben vom Sturm 33, der seit Wochen vor dem Schwurgericht des Landgerichts 3 in Berlin-Moabit zur Verhandlung stand, wurde am Sonnabend-Nachmittag das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte Neubert erhielt wegen versuchten Totschlags und Raufhandels vier Jahre Gefängnis, Friede wurde wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Raufhandel zu $1\frac{1}{2}$ Jahren Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Becker und Pint erhielten wegen der gleichen Delikte je ein Jahr Gefängnis. Der fünfte Angeklagte Foyer, der wegen einer anderen politischen Totschlagsache, die demnächst zur Verhandlungen kommen wird, in Untersuchungshaft sitzt wurde wegen Mangel an Beweisen auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Die fünfviertelstündige Begründung, die der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rambke dem Urteil gab, wurde zu einer vernichtenden Anklage gegen die unerträglichen Terrormethoden der SA-Banden, für deren gemeingefährliches Wirken der Sturm 33, dessen mörderische Betätigung in diesem Prozess zur Debatte stand ein Symptom darstellt. Der Vorsitzende betonte eingangs, dass der Prozess gegen Neubert und Genossen nur ein zeitlicher Ausschnitt aus einer Reihe von blutigen Straftaten sei, die sich sämtlich um das Nazisturmlokal Heibelstrasse 20 gruppierten. In allen diesen Prozessen seien immer wieder die gleichen Personen vor Gericht erschienen, entweder als Angeklagte oder als Zeugen. Es müsse als sicher festgestellt werden, dass der Sturm 33 plante, in der Silvesternacht die Gegner auf jeden Fall "auf den Leisten" zu schlagen. In der Silvesternacht habe eben unbedingt etwas passieren müssen. Darum sei man, von Taendurst geschwellt, auf die Jagd nach Opfern gegangen, die man radikal habe "vertrimmen" können.

Das Urteil schildert dann die Tat, nennt sie eine "ausserordentliche Ver-

letzung jeden sittlichen Empfindens" und stellt ausdrücklich fest, dass es sich hier um keine Angelegenheit erprobten Mannesmuts gehandelt habe, sondern um ein übles, rohes Attentat, das mit "hinterrückischer Gemeinheit und Feigheit" ausgeführt worden sei. Sehr scharf charakterisiert das Urteil die Angeklagten, deren Wesensart als eine Mischung von Unreife und mangelnder Intelligenz bezeichnet wird, die verstärkt werde durch eine ungewöhnliche Disziplinlosigkeit. Dem Angeklagten Pint wird ferner bescheinigt, dass sich bei ihm mangelnde Intelligenz mit vollkommener Unwahrhaftigkeit und Feigheit paare. Von dem Angeklagten Friede wird gesagt, dass ihm kein einziges Wort zu glauben sei. Mildernd müsse man den Angeklagten zugute halten, dass sie verführte, unreife Menschen seien, die sich auf Irrwegen befänden, Das allein habe sie vor dem Zuchthaus bewahrt. Aber um dem überhandnehmenden Rowdytum zu steuern, müsse energisch durchgegriffen werden.

Die Angeklagten nahmen das Urteil gleichmütig auf.

SPD. Hamburg, 22. August (Eig. Drahtb.)

In Hamburg hat sich ein aufsehenerregender Fall missbräuchlicher Anwendung des Begnadigungsrechtes zugetragen.

Im Juli 1929 wurde der Hamburger Architekt Vicenz wegen eines Sittlichkeitsverbrechens zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt, seine Frau erhielt 3 Jahre Zuchthaus. Vicenz hat seine damals 14jährige Stieftochter jahrelang missbraucht und zwar mit Wissen und unter Duldung seiner Frau. Vor einigen Wochen wurden Vicenz und seine Frau von der hamburgischen Justizverwaltung plötzlich unter Umwandlung der Reststrafe in eine Geldstrafe von 20 000 Mark begnadigt, und aus der Haft entlassen. Sie haben sich sofort ins Ausland begeben. Das Begnadigungsrecht steht in Hamburg an sich der Landesregierung zu. Es hat sich aber langsam der Brauch herausgebildet, dass ein besonderes Dezernat der Justizverwaltung die Gnadengesuche bearbeitet, die dann von der Justizverwaltung entschieden werden. Auf diesem Wege ist auch die Begnadigung der Vizens erfolgt. Der Senat ist erst nach der Entlassung des Ehepaares von der Begnadigung in Kenntnis gesetzt worden.

Die Mehrheit des Senats - insbesondere seine sozialdemokratischen Mitglieder - hat keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie diese Begnadigung für einen skandalösen Missbrauch des Begnadigungsrechtes hält. Auch das sozialdemokratische "Hamburger Echo" hat sehr nachdrücklich gegen die Begnadigung protestiert. Der Senat hat inzwischen Vorsorge getroffen, dass ein ähnlicher Missbrauch des Begnadigungsrechtes nicht wieder vorkommt. Am Mittwoch wird der Fall wahrscheinlich in der Hamburger Bürgerschaft zur Sprache kommen. Es ist zu erwarten, dass der Senat von der Begnadigung abrückt.

SPD. Der Allgemeine Fürsorgeerziehungstag, der einen Zusammenschluss aller in der Fürsorgeerziehung tätigen Pädagogen darstellt, nahm zu dem Fall Scheuen folgende Entschliessung an:

"Unter dem Eindruck der Gerichtsverhandlungen über die bekannten Vorkommnisse in den Fürsorgeerziehungsanstalten Rickling und Scheuen gibt der Vorstand des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages seinem tiefen Bedauern über die dort zutage getretenen Misstände Ausdruck. Er missbilligt aufs schärfste die in beiden Fällen lange Zeit hindurch geübte Verschleppung und Vertuschung, die eine gründliche und rechtzeitige Abhilfe verhindert haben. Er verurteilt insbesondere auch den mehrfach unternommenen Versuch, die Schuld an den Vorkommnissen einseitig auf die Zöglinge abzuwälzen. Das Gebot unbedingter Wahrhaftigkeit und rücksichtslosen Durchgreifens muss in solchen Fällen unbedingt geachtet werden. Der Vorstand sieht eine der wesentlichsten Ursachen für diese beiden Anstaltskatastrophen in dem Einsatz völlig ungeeigneter Kräfte sowohl

als Leiter wie als Erzieher. Nur Menschen von stärkster Hingabefähigkeit, von erzieherischer Begabung und guter Ausbildung gehören an solche Stellen. Die Erfahrungen von Rickling und Scheuen zwingen bei aller Anerkennung gebotener, grösster Sparsamkeit zu der ernstesten Warnung, die erzieherischen den wirtschaftlichen Gesichtspunkten unterzuordnen. Ferner lenkt der Vorstand die Aufmerksamkeit auf die noch nicht gelöste Aufgabe der Sonderbehandlung schwersterziehbarer Jugendlicher. Da die bestehenden Aufsichtsinstanzen die hervorgetretenen Misstände nicht verhindert haben, fordert der Vorstand des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages die wirksame Ausgestaltung einer Fachaufsicht...."

SPD. London, 22. August (Eig. Drahtb.)

Die Arbeiterregierung hat die ihr gestellte Aufgabe der Sanierung des Budgets bisher nicht lösen können. Zu der Budgetkrise ist eine innerpolitische Krise getreten. In der Nacht zum Sonntag reist der König aus Schottland nach London ab; ein aussergewöhnliches Ereignis.

Am Sonnabend-Abend hat die Regierung die erste offizielle Mitteilung über ihre Bemühungen herausgegeben. Aus ihr erfährt man, dass sie die letzte Hand an einen neuen Plan gelegt hat, von dem sie glaubt, dass er sich als durchführbar erweisen wird. Am Sonntag-Abend um sieben Uhr wird das Kabinett wieder zusammentreten. Bis dahin wird das neue Sparprogramm den Vertretern der konservativen und der liberalen Partei vorgelegt werden. Baldwin ist am Sonnabend-Abend in London eingetroffen.

Das erste Programm der Regierung bestand zu 50 Prozent aus Einsparungen, die auf Kosten der niedrigen Einkommen beabsichtigt waren und zu 50 Prozent aus neuen Steuern. Damit glaubte der Premierminister sich die Unterstützung aller Parteien gesichert zu haben. Aber die Konservativen wünschten mehr Einsparungen, die Gewerkschaften mehr Steuern. Wie es die Regierung schliesslich allen Teilen recht machen kann oder ob es dazu für sie überhaupt eine Möglichkeit gibt, wird sich in den nächsten 48 Stunden entscheiden. Angesichts der kritischen Lage wird in der Öffentlichkeit auch von der Möglichkeit eines Rücktritts der Regierung gesprochen.

SPD. Der Lohnkonflikt der Gemeindearbeiter hat am Sonnabend nach neuen überaus schwierigen und mühevollen Verhandlungen eine Lösung gefunden. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Durchführung der Bestimmungen der Notverordnung vom 5. Juni für die Lohnregelung im Bereich des Reichsverbandes kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände führten zu einer Vereinbarung.

Der Inhalt der Vereinbarung lautet im wesentlichen: Ab Donnerstag, dem 27. August, tritt eine Lohnkürzung um 4 % in Kraft. Die Frauenzuschläge fallen weg. Ueber die Durchführung der Neuregelung wird bezirksweise verhandelt. Bei den neu einzustellenden Arbeitern erfolgt keine Angleichung an die Reichsarbeiterlöhne; ebenso unterbleibt eine solche Angleichung bei den Fürsorgearbeitern. In beiden Fällen sind die Tariflöhne der Gemeindearbeiter massgebend; wo verkürzt gearbeitet wird, treten die Parteien in Verhandlungen zwecks Schaffung eines Lohnausgleichs ein. Die abgeschlossene Vereinbarung gilt bis zum 31. Oktober 1931.

Diese Vereinbarung bedeutet einen grossen Erfolg des Gesamtverbandes; denn durch sie werden Lohnkürzungen vermieden, für die ein enormes Ausmass anfänglich vorgesehen war. Sogar der Vorschlag des Reichsarbeitsministers hat ja einen Lohnabbau von 10 bis 15 % in zwei Etappen vorgesehen, der umso schwerer drücken musste, als im Frühjahr bereits ein Abbau um 8 % eingetreten war. Von besonderem Wert ist die Möglichkeit der bezirksweisen Durchführung der Neuregelung, bei der die Gemeindearbeiter ihren Einfluss zur Geltung bringen können.

Die Sicherung eines Lohnausgleichs bei Arbeitszeitverkürzung ist ebenfalls von Gewicht; denn der Vorschlag des Reichsarbeitsministers hatte keinen Härteausgleich für Arbeitszeitverkürzungen vorgesehen.

Die Gemeindearbeiter haben unter Führung des Gesamtverbandes einen erfolgreichen Kampf geführt. Sie waren bereit, auf die missliche Finanzlage der Gemeinden, die von ihnen nicht verschuldet ist, so weit wie möglich Rücksicht zu nehmen und ein Notopfer zu bringen. Dieses Notopfer musste sich aber in erträglichen Grenzen halten. Der Ausgang des Lohnkonflikts zeigt, dass bei disziplinierter und geschlossener Haltung die Arbeiterschaft auch jetzt in diesen schweren Tagen nicht an die Wand gedrückt werden kann.

SPD. Hitler weilte dieser Tage zur Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb der Berliner NSDAP wieder einmal in Berlin. Verhandlungen zwischen Hitler und Brüning haben während des Berliner Aufenthaltes des Münchener Parteipapstes nicht stattgefunden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

„Aus aller Welt“

Im U-Boot zum Nordpol!

(Das kühne Unternehmen des Polarforschers Hubert Wilkins. - Jules Verne wird Wahrheit.)

SPD. Das U-Boot "Nautilus" des Amerikaners Hubert Wilkins fährt zurzeit nach dem Nordpol. Die spärlichen Funk-Meldungen, die von Bord des Schiffes ein treffen, lassen erkennen, dass bei der abenteuerlichen Reise ziemlich beträchtliche Schwierigkeiten zu überwinden sind. Aber das U-Boot, dessen erste Startversuche vor etwa einem halben Jahr unter einem so ungünstigen Stern standen und das bei seiner Ozeanüberquerung von Amerika nach Irland so peinlich Schiffbruch erlitt, scheint sich nun, wo es hart auf hart geht, doch recht gut zu bewähren. Zum Teil gleitet das Schiff unter dem Poleis dahin, teils aber auch, im Schneesturm, auf offenem Wasser. Heck und Steuerruder mussten manchen schweren Treibeisstoss abhalten, und oft ist das Boot gezwungen, seinen Kurs rückwärts zu nehmen, um gefahrbringende Eisschollen zu umsteuern.

Schon vor dreissig Jahren...

In den Tagen dieser abenteuerlichen Wilkins-Expedition sei an die interessante Tatsache erinnert, dass die Idee der Unterseefahrt zum Nordpol bereits vor etwa 30 Jahren aufgetaucht ist und im Januar 1902 von Dr. Anschütz-Kämpfe, dem Erfinder des Kreisel-Kompasses, zum erstenmal in der "Geographischen Gesellschaft" in Wien vorgetragen wurde. Wie der Forscher selbst erzählte, hat man ihm damals allerdings geraten, sich eine bequemere und billigere Art des Selbstmordes auszusuchen als gerade den ausgefallenen Plan einer Untereisfahrt zum Nordpol. Aber Anschütz-Kämpfe hat trotzdem den Nachweis zu erbringen versucht, dass die Erreichung des Nordpols mit einem U-Boot oder richtiger: mit einem Untereisfahrzeug durchaus möglich sei.

10 bis 11 Stundenkilometer.

Für die Wahl der Jahreszeit für eine Unterseebootexpedition im Polarmeer ist der verhältnismässig geringe Aktionsradius für die Unterwasserfahrt massgeblich. Denn unter Wasser fährt das moderne U-Boot mit elektrischem Antrieb, gespeist aus Akkumulatoren. Seine Geschwindigkeit beträgt etwa im Durchschnitt 2 bis 3 Sekundenmeter, d.h. 10 bis 11 Kilometer in der Stunde. Zur Frischluftaufnahme und zum Einschalten des Dieselmotorenaggregates müssen in bestimmten Zeitabständen bei einer Untereisfahrt immer wieder Rinnen und grössere offene Wasserflächen, Waken, angetroffen werden. Anschütz konnte sich nun bei der Entwicklung seines Planes schon auf die Behauptung des Polarforschers Peyer stützen, der erklärte, er glaube nicht, dass es im Sommer ein Eisfeld von mehr als einer englischen Meile im Durchmesser gebe. Diese Vermutung ist durch andere Beobachter, z.B. durch Nansen, auch bestätigt worden.

Die Technik des Wagnisses.

Anschütz forderte auf Grund dieser Beobachtungen eine Maximaltauchzeit von 15 Stunden bei einer Unterwassergeschwindigkeit von 2 Sekundenmeterleistungen, die von den heutigen U-Booten mühelos erreicht werden. Die von Anschütz berechneten Lichtzuführungsmöglichkeiten sind allerdings durch die neueste Technik weit überholt worden. Die grösste geforderte, aber praktisch im allgemeinen nicht notwendige Tauchtiefe von 40 Metern ergab sich aus Beobachtungen verschiedener Polarforscher über die Tiefe des Polareises; Eisberge kommen im Polarbecken nicht vor. Die Navigationsschwierigkeiten wollte Anschütz mit Hilfe seines Kreiselkompasses lösen, doch wir wissen heute, dass dieser Kompass seine Richtkraft bei Annäherung an den astronomischen Pol immer

mehr verliert. Andererseits aber sind die navigationstechnischen Aufgaben durchaus zu lösen, wozu nicht zuletzt die Funkpeilung als Hilfsmittel der Ortsbestimmung beiträgt.

2½ Tage unter dem Eis.

Wilkins selbst äusserte sich vor einiger Zeit über die Praxis seiner Fahrt: "Ich will über den Pol nach Alaska. Das ist eine Strecke von etwa 3000 Kilometern, und ich denke, dass sie in 50 Tagen zurückgelegt werden kann. Sobald wir finden, dass das Eis unsere Fahrt unmöglich macht, tauchen wir einfach unter. Ich schätze die durchschnittliche Dicke des Eises auf etwa 3 Meter, aber um Spitzen zu vermeiden, werden wir wahrscheinlich mit dem Boot in einer Tiefe von etwa 8 Metern fahren. Das U-Boot ist so konstruiert, dass es uns gestattet, 2½ Tage unter dem Eis zu bleiben."

Aus diesen Äusserungen gehen die Unterschiede zwischen den damaligen Theorien Anschütz-Kämpfe's und dem praktischen Vorhaben Wilkins' hervor, wenn auch nicht verkannt werden darf, dass sich beide Auffassungen in vielem decken. Es bleibt indes fraglich, ob die wissenschaftliche Ausbeute dieser U-Boot-Expedition sehr reichhaltig sein wird. Jedenfalls gehört dieses Unternehmen Wilkins' mit in das Kapitel der zu Wirklichkeit gewordenen utopischen Romane, und jeder, der einmal Jules Vernes "20 000 Meilen unter der Meeresoberfläche" verschlungen hat, wird diese U-Boot-Fahrt mit besonderem Interesse miterleben.

Verhaftung eines Kreditschwindlers. In Kriftel (Taunus) wurde der Gemeinsekretär Bardenheier verhaftet, der sich von verschiedenen Banken durch betrügerische Manipulationen 30 000 Mark erschwindelte. Bardenheier, der in finanzielle Schwierigkeiten geraten war, hatte amtliche Schriftstücke mit der Unterschrift des Bürgermeisters und dem Gemeindestempel versehen und auf diesen Schriftstücken gute Auskünfte über seine Kreditfähigkeit gegeben.

Räumung Hankaus? Die durch die grosse Ueberschwemmungskatastrophe fast vollkommen zerstörte Stadt Hankau soll jetzt vollständig geräumt und die Bevölkerung auf Schiffen abtransportiert werden.

Senkgruben=Unglück. In Bezons, einem Vorort von Paris, erlitt ein Hausbesitzer beim Versuch, seine Senkgrube zu reinigen, durch die aus der Grube aufsteigenden Gase einen Schwindelanfall, fiel in den Schacht und kam ums Leben. Das gleiche Schicksal erlitten seine Frau, sein Neffe und ein Nachbar, die zur Hilfe eilen wollten. Die alarmierte Feuerwehr barg die Leichen der vier Verunglückten.

Falscher Mordverdacht. Der bei Frechen westlich von Köln tot aufgefundene Arbeiter Klein ist nicht das Opfer eines Mordes, sondern nach ärztlichen Feststellungen das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Klein ist mit seinem Rade von einem Abgang gestürzt und hat dabei die tödliche Schädelzertrümmerung erlitten. Der des Mordes verdächtige Nachtwächter konnte sein Alibi einwandfrei nachweisen. Er ist aus der Haft entlassen worden.

Amundsens Flugzeug? Das von Professor Moltschanoff während der Arktisfahrt des Zeppelins aufgenommene Flugzeug ist wahrscheinlich nicht die bei der Nobille-Rettungsexpedition verunglückte Maschine Amundsens. Amundsen benutzte seinerzeit einen nur mit einem Motor ausgerüsteten französischen Latham-Eindecker, während es sich bei dem auf dem Foto sichtbaren Flugzeug offenbar um ein Dornierwal-Flugboot handelt.

Eröffnung der "Mophila". In Hamburg wurde die internationale Ausstellung moderner Briefmarken, "Mophila", eröffnet, an der Sammler aus 28 Nationen beteiligt sind. Der Katalog verzeichnet 300 verschiedene Sammlungen.

Der rasende Arzt. Vom Schöffengericht in Aschersleben wurde der Ascherslebener Arzt Dr. Birkholz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dr. Birkholz hatte auf einer Landstrasse bei Aschersleben zwei Radfahrerinnen überfahren und getötet. Die Schuld an dem Unglück trifft ausschliesslich den Arzt. Er fuhr ein viel zu schnelles Tempo.

Tagung der Weinkoster. Im Londoner Savoy=Hotel tagt zurzeit eine internationale Konferenz der Weinkosten. Die Teilnehmer wollen in einem Monat den Geschmack und die Blume von 350 Weinsorten prüfen, die aus der ganzen Welt zur Beurteilung vorliegen. Die Weinkoster müssen bei ihrer schweren Arbeit einen Tag um den anderen aussetzen, da sonst die Geschmackempfindlichkeit der Zunge und des Gaumens leiden könnte.

Das Oel brennt. Beim Anbohren einer mächtigen Oelader in den Oelfeldern Michigans bei Pleasant (USA) entstand ein Grossfeuer. Vier Personen wurden getötet; zahlreiche schwerverletzt.

Inselkauf eines Vogelfreundes. Ein Vogelliebhaber kaufte von dem irischen Besitzer Sir Reginald McLeod die kleine Insel St. Kilda bei den Kleinen Hebriden, der der Westküste Schottlands vorgelagerten Inselgruppe. St. Kilda soll ein Freischutzgebiet für Vögel werden und von Menschen nicht bewohnt werden dürfen.

Der Reiche als Bettler. In Raichenberg (Böhmen) verstarb der frühere Uhrmacher Winter, der sich in den letzten Jahren nur noch durch Betteln ernährt hatte. Nach seinem Tode wurde festgestellt, dass der Bettler Sparkassenbücher über eine 1 Million Kronen besass. In seinem Testament hat er das Geld einem reichen Architekten aus Gablons vermacht.

Eigenartige Blitzwirkung. Ein Blitzstrahl, der in einen Weingarten in Croix-Chalons (Frankreich) einschlug, brachte alle Trauben in der Nähe der Einschlagstelle zur Reife. Die Trauben sollten normalerweise erst in der 2. Septemberhälfte reifen.

Ein schönes Opfer. 60 New Yorker, die an spinaler Kinderlähmung erkrankt waren und mittlerweile wieder gesund geworden sind, haben den Kliniken ihr Blut zur Rettung der noch Erkrankten angeboten. Man will aus diesem Blut ein Serum herstellen, das zur Bekämpfung der furchtbaren Seuche geeignet ist.

Eine Tonfilm=Ruhmesallee. Eine echt amerikanische Idee ist zweifellos die Absicht der Aristogenic Society in New York, eine Tonfilmserie von "Zehn der berühmtesten Amerikanern" herzustellen. Die Tonfilme sollen in einem Gewölbe vermauert werden, das in hundert Jahren das erste Mal geöffnet werden soll.

Das Herz auf dem rechten Fleck. Als der Eisenbahnbeamte Olak in Nagyköros (Ungarn) seinen achtjährigen Sohn zu einem Arzt zur Untersuchung brachte, stellte dieser zu seinem grossen Erstaunen fest, dass sich bei dem Jungen das Herz und alle wichtigen Organe auf der rechten Seite befinden. Das Kind ist jedoch völlig gesund.

Wirtschaft Technik Ganzel

Ein Jahr keine Baumwolle.

(Weitere Verschlechterungen auf den Rohstoffmärkten.)

SPD. Wenn der Anschauungsunterricht auf den Rohstoffmärkten nicht so ungeheuerlich teuer wäre, könnte man die Demonstrationen auf den Weltwarenmärkten über die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft und das Versagen der kapitalistischen Wirtschaftsrezepte als wirtschaftspolitisches Erziehungsmittel nur begrüßen. Aber die sich in letzter Zeit wieder stärker bemerkbar machenden Erschütterungen der Rohstoffindustrien hemmen die wirtschaftliche Gesundung und verschärfen die Arbeitslosigkeit.

Eine eigenartige Demonstration liefern die Baumwollmärkte. In den vereinigten Staaten von Nordamerika, die die Welt immer noch bis über 50 Prozent mit Baumwolle versorgen, hatte man gehofft, dass die Baumwollernte dieses Mal klein oder knapp mittel ausfallen würde. So glaubte man an die Möglichkeit, die grossen Lagerbestände, die gegenwärtig den Markt belasten, verkaufen und aus der Welt schaffen zu können. Der Erntebericht des nordamerikanischen Ackerbauamtes hat diese Hoffnung zunichte gemacht. Die Baumwollernte in Nordamerika wird recht gut ausfallen. Sie wird sehr wahrscheinlich zwei Millionen Ballen mehr ergeben als im Vorjahr. Das hat an den Märkten eine Panik hervorgerufen. Die Preise sind scharf gestürzt. Die Ereignisse auf den Baumwollmärkten haben auch den Markt für Spinnstoffe ungünstig beeinflusst.

In solchen Momenten, wenn das Wasser den Produzenten bis an den Mund steigt setzen immer die kapitalistischen Sanierungsrezepte ein. Man weiss, dass mit ihnen das Uebel nicht bekämpft werden kann. Aber man schlägt sie immer wieder vor. Und je aussichtsloser die ganze Geschichte ist, desto grotesker sind diese Rezepte. So hat man den amerikanischen Baumwollbauern halbamtlich geraten, einfach jede dritte Furche auf den Feldern nicht abzuernten. Man erörtert auch den Plan einen Teil der vorhandenen Baumwolllager zu vernichten. Das erinnert an die Zeit der grossen Baumwollkrisen in Amerika, wo "Nachtreiter" das Land durchstreiften und Felder und Läger in Brand setzten, nur um die Baumwollpreise nicht weiter sinken zu lassen. Es hört sich auch ganz schön an, wenn man in Nordamerika jetzt ernstlich darüber spricht, den Baumwollanbau für ein Jahr gesetzlich zu verbieten. Was sollen aber die nordamerikanischen Landwirte tun? Sie müssen leben und sie müssen ihre Felder bebauen. Was sollen sie aber an Stelle von Baumwolle anbauen? Vielleicht Getreide? Der Getreidepreis ist ebenso tief gesunken wie der Baumwollpreis!

An sich haben schon die Baumwollpreise recht ungünstige Auswirkungen auf den Wollmarkt gehabt. Dazu kommt noch, dass die neue Schur in Australien, besonders in Neuseeland, wieder grösser ausfallen wird, als im Vorjahre. Auf der anderen Seite ist aber nur die Neigung zu konstatieren, den Bedarf weiter einzuschränken. Es ist die alte Geschichte: Der Himmel liefert Segen in Ueberfülle, die Welt ist aber zu arm, um diesen Segen aufzunehmen. Man beschäftigt sich mit Projekten, diesen Segen zu vernichten. Das ist die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft.

Besonders stark wirkt sich die diesjährige Sommerkrise auf den Metallmärkten aus. Es scheint, als ob vor allem Deutschland sich im Frühjahr trotz aller Warnungen wieder stark z.B. mit Kupfer übertversorgt hat. Und so kommt jetzt zu der aus der ganzen Lage erklärlichen Zurückhaltung aller Käufer noch die Tat-

sache, dass Deutschland als Kupferverkäufer auftritt und die Preise noch weiter drückt. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass das deutsche Angebot eng mit der Finanzkrise zusammenhängt. Unter Einfluss dieser Entwicklung sind die Kupferpreise wieder auf den tiefsten bisher erreichten Stand gefallen. Beim Zinn hat es allerdings in den letzten Wochen eine gewisse Aufwärtsbewegung gegeben. Aber diese trug unzweifelhaft spekulativen Charakter. So ist es beim Zinn gelungen, einen grossen, in Ostasien herumschwimmenden Posten von Zinnerz vorerst einmal für längere Zeit bei den Stützungsgruppen unterzubringen.

Auch an den Getreidemärkten ist eine Erholung kaum oder höchstens nur an vereinzelt Märkten und ganz vorübergehend eingetreten, obgleich hier die Natur für einen kräftigen Abstrich im neuen Angebot gesorgt hat. Die Winterweizenernte ist in der nordamerikanischen Union allerdings ungewöhnlich gut ausgefallen. Aber infolge der schweren Schäden, die der Sommerweizen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und besonders in Kanada erfahren hat, wird die nordamerikanische Gesamternte nur etwa ebenso gross sein wie im vorigen Jahr. Vielleicht dürfte sie um eine Kleinigkeit dahinter zurück bleiben. Aber die vorjährige Ernte konnte schon nicht untergebracht werden. Der Druck auf die Getreidemärkte rührt ja aus den Rekordernten der letzten beiden Vorjahre. Nun tröstet man sich damit, dass man in Argentinien und Australien zu einer merklichen Einschränkung der Anbaufläche gekommen ist. Das könnte gewissen Einfluss haben, wenn nicht auf der anderen Seite die europäischen Ernten recht günstig, auf jeden Fall viel besser ausgefallen sind, als die vorjährigen Ernten. Rein markttechnisch kommt noch hinzu, dass das russische Angebot diesmal ausserordentlich zeitig erfolgt und recht bemerkbar geworden ist. Auch Rumänien ist jetzt ganz offen dazu übergegangen, Ausfuhrprämien zu zahlen. Der deutsche Weizenexport, auf den sich die Preistreiber des Reichsernährungsministers Schiele stützen, kann hier in Teufels Küche kommen und tolle Dinge erleben. Vorläufig ist es aber dem Reichsernährungsminister mit seiner Schiele'schen Mauer noch gelungen, die Getreidepreise, wenn auch unter Schwankungen, weiter zu treiben.

Der Gummipreis, der unter den Rohstoffen den grössten Sturz erlitten hat, ist weiter scharf gefallen. Auch der Zuckermarkt zeigt wieder eine nervöse Schwäche. So wird behauptet, dass man in Java, wo man sich nur widerwillig zu dem bekannten Exporteinschränkungsplan, dem Chadbournschen Fünfjahresplan, bekehrte, jetzt schon beabsichtigt, diesen Plan aufzugeben. Es mangelt an Finanzierungsmöglichkeiten und so trägt man sich mit dem Gedanken, die Bestände einfach auf dem Markt zu werfen.

SPD. In den Räumen des Deutschen Landwirtschaftsrates wird eine wenig nachgedruckte, aber trotzdem immerhin munter forterscheinende Pressekorrespondenz "Für deutsche Arbeit" hergestellt. In der letzten Nummer dieser Korrespondenz verteidigt man die berühmte 100-Markgebühr mit folgenden Sätzen: "Sie zwingt dazu, die Schönheiten der eigenen Heimat zu entdecken. Deutschland ist überreich daran. Oder wollen wir uns erst von Ausländern darüber belehren lassen? Der amerikanische Botschafter Sackett urteilt u. a.: Die Natur hat dieses Land zwischen Alpen und der See mit manchen ihrer besten Gaben bedacht."

Man weiss nicht, ob man sich mehr über die Frivolität wundern soll, mit der derartige geschrieben wird, oder darüber, dass das Reichsernährungsministerium diese Korrespondenz finanziell aushält.

Wie liegen in Wirklichkeit die Dinge? In diesen Tagen hat sich die Stadt Konstanz mit ernstesten Vorstellungen an die Reichsregierung gewandt und die Schäden der 100-Markgebühr auseinandergesetzt. Es wird in der Eingabe darauf hingewiesen, dass deutsche Geschäftsreisende in der Schweiz mit der Begründung abgewiesen werden, sie sollten wegbleiben, solange der Besuch der Schweiz unmöglich gemacht wird. Es wird auf zahlreiche Abbestellungen durch das Ausland verwiesen. So hat Oesterreich zahlreiche Bestellungen rückgängig gemacht. Dort versuchten

Hoteliere die Industrie für eine allgemeine Boykottbewegung gegen deutsche Waren zu gewinnen. Die holländischen, belgischen und französischen Verkaufsgesellschaften sind bestrebt, die durch die 100-Markgebühr hervorgerufene Missstimmung gegen Deutschland auszunutzen, um die deutschen Waren in der Schweiz und in Oesterreich zu verdrängen. Die Entlassung deutscher Arbeiter in der Schweiz und die Nichtverlängerung der Aufenthaltsfristen deutscher Arbeitnehmer wirken sich gleichfalls schädigend aus.

Es ist höchste Zeit, dass der Unfug der 100-Markgebühr, die jahrelang nur die Forderung von Stammtischen war und mit einem Mal von der Reichsregierung aufgegriffen wurde, bald verschwindet.

SPD. Das Reichskabinett hat sich am Sonnabend mit dem Notprogramm des Deutschen Städtetages beschäftigt. Den Beratungen lag eine Denkschrift zugrunde, aus der folgendes mitgeteilt wird.

1. Die eigenen Abbaumassnahmen der Gemeinden beziehen sich auf die Personal- und Sachausgaben für sämtliche Gebiete des Kommunalwesens. Dieser Abbau, der sich, wie schon jetzt feststeht, nur gegen schwere Bedenken weitester Kreise und gegen den Widerstand bedeutender Gruppen der Wirtschaft und des Gewerbes durchführen lässt, wird einschliesslich der zu erwartenden Angleichung vergleichbarer Kommunalbeamtengehälter und Arbeiterlöhne voraussichtlich eine Ersparnis von rund 250 Millionen RM bringen. Mit dem Abbau wird in den einzelnen Städten sofort begonnen. In diesem Zusammenhang werden in den meisten Gemeinden die Richtsätze für die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge gesenkt; dadurch vermindert sich der Aufwand in der Fürsorge für den Rest des Haushaltsjahres um etwa 45 Millionen RM. In der sonstigen Fürsorge wird die Minderausgabe rund 30 Millionen betragen. Durch die eigenen Massnahmen der Gemeinden ist daher für die kommenden sieben Monate mit einer Ersparnis von insgesamt 325 Millionen RM zu rechnen.
2. Der Deutsche Städtetag hat der Reichsregierung vorgeschlagen, in Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge künftig die gleichen Grundsätze individueller Prüfung und dieselben Unterstützungsleistungen zur Anwendung zu bringen. Das Reich würde durch diese Massnahmen in dem kommenden halben Jahre bei der Arbeitslosenbetreuung etwa 85 Millionen RM ersparen und daher auf den Zuschuss der Gemeinden zur Krisenfürsorge verzichten können.
3. Nach dem Vorschlag des Städtetages soll, ähnlich wie die Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge vom Reichsetat, nunmehr auch die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge vom Gemeindeetat zu einem wesentlichen Teil "abgehängt" werden. Die Gemeinden werden durch die eigenen Massnahmen in der Lage sein können, von den Gesamtkosten etwa die Hälfte selbst zu tragen. Der Restbetrag von etwa 400 Millionen RM soll nach dem Vorschlage des Städtetages aus den Erleichterungen der Reparationszahlungen oder durch eine besondere Notabgabe aufgebracht werden. Diese "Erwerbslosenabgabe" würde sich auf alle Gehalts- und Lohnempfänger beziehen, die bisher keine Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu leisten haben.
4. Die Abbaumassnahmen der Gemeinden werden sich erst in einigen Monaten auswirken. Der Städtetag hat daher die Reichsregierung gebeten, den Gemeinden zur Ueberwindung der Kassen- und Haushaltsschwierigkeiten eine sofortige Uebergangsbeihilfe zu bewilligen.
5. Wegen der Umwandlung der kurzfristigen kommunalen Kredite schweben besondere Verhandlungen mit Reichsregierung und Reichsbank.

In der Denkschrift des Deutschen Städtetages wird wiederum mit aller Be-

Bestimmtheit darauf hingewiesen, dass für die tief eingreifenden Abbaumassnahmen die vom Städtetag vorgeschlagen sind, eine allgemeine Senkung der Lebenshaltungskosten unbedingte Voraussetzung ist. Der Deutsche Städtetag hat die Reichsregierung gebeten, sich wegen der wirtschaftlichen und politischen Folgen, die sich aus jeder neuen Belastung des Mittelstandes und der Arbeiterschaft ergeben, dieser Frage mit besonderer Entschiedenheit anzunehmen."

Die Notmassnahmen der Städte haben wir bereits als Verzweiflungsmassnahmen gekennzeichnet. Wir haben zugleich gefordert, dass das Reich hilft. Diese Hilfe muss z.B. bei der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge eingreifen. Wenn die Gemeinden fordern, dass die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge vom Etat abgehängt wird, lässt sich das schon begreifen. Erfährt die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge keine Regelung und Hilfe des Reichs, dann wird man die Gemeindeetats nicht in Ordnung bringen können und das muss notgedrungen das Ende der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge bedeuten. Anders verhält es sich mit den Plänen des Städtetages, die Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge in einen Pott zu werfen und die berüchtigte Bedürftigkeitsprüfung wieder einzuführen. Man käme bei dieser Regelung wieder zu dem Zustand vor Jahren, der alles andere als ein Ideal war. Ausserdem bedeutet die Regelung nur eine Senkung des allgemeinen Niveaus der Fürsorge, während der richtige Weg doch wäre, den Grad der Fürsorge mit der Dauer der Arbeitslosigkeit zu steigern.

SPD. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat durch ein sogenanntes Wirtschaftsmemorandum versucht, die bevorstehenden Beschlüsse des Reichskabinetts zu beeinflussen.

Der Reichsverband hat dieses Mal, entgegen seiner Gewohnheit, darauf verzichtet, seine Darlegungen der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. Vielleicht hat er das durchaus richtige Gefühl, dass die Oeffentlichkeit die Nase von den Programmen des Reichsverbandes voll hat. Auch in dem neuen Memorandum wird, wie man aus einer Veröffentlichung der "Kölnischen Zeitung" erfährt, wieder von einer "organischen Senkung der Selbstkosten" gesprochen werden. Darunter versteht der Reichsverband seit altersher einen weiteren Lohn- und Gehaltsabbau, natürlich nicht bei den schwerbezahlten Generaldirektoren, sondern nur bei Angestellten und Arbeitern, deren Einkommen schon über die Grenze des Möglichen gekürzt ist. Die alten Methoden sollen also weitergetrieben werden: man kürzt die Löhne der breiten Massen und wundert sich dann nachher, dass die Wirtschaft keinen Absatz mehr hat.

Weiter wird in den Darlegungen des Reichsverbandes in der gewohnten Weise über die soziale Belastung gesprochen und auch die Ermässigung der Verkehrstarife und der Preise für Elektrizität, Gas und Wasser durch die Gemeinden verlangt. Wir können uns denken, dass die Gemeinden gern dazu bereit sind, wenn die Schwerindustrie endlich einmal in die notwendige Verbilligung der Kohlen- und Eisenpreise einwilligt. Aber leider lässt man rund 1 Dutzend Millionen Tonnen Kohle auf den Halden verkommen, anstatt dass man die Kohle billiger abgibt und so die Wirtschaft ankurbelt.

Selbstverständlich verlangt der Reichsverband auch die Beseitigung jeder Zwangswirtschaft. Nur von der Zwangswirtschaft der Kartelle und Trusts von der Preisüberhöhung durch Syndikate usw. ist keine Rede in seinem Schreiben. Das ist die bekannte Unlogik bei den Industriellen. Sie wird durch einen krassen Fall illustriert. Der Reichsverband fordert auch die Wiederherstellung der freien Wohnungswirtschaft. Das muss nach Lage der Dinge gerade die Miete für die Arbeiterwohnung steigern. Mehr, als der Arbeiter heute für seine Wohnung zahlt, kann er wohl beim besten Willen nicht zahlen. Ist die Industrie bereit, diese Mehranforderung durch eine Lohnerhöhung abzugelten? Nein! Sie fordert neuen Lohnabbau und Zerschlagung der Lohntarife.

Wir trauen dem Reichskabinett so viel Logik zu, dass es das Wirtschaftsme-
 morandum der Industrie kurzerhand zu den Akten legt. Es ist ein Schriftstück
 von einer derartigen Frivolität und Verantwortungslosigkeit, die man in unserer
 kritischen Zeit nicht für möglich halten sollte.

SPD. Die Sanierung des in Schwierigkeiten geratenen Wikingkonzerns ist
 gesichert. Der Konzern ist durch eine wahnsinnige Expansionspolitik in die Plei-
 te getrieben worden. Er baute nicht nur für Riesensummen in Deutschland neue
 Werke, sondern nahm auch Käufe im Auslande vor, die viel Geld erforderten. Dazu
 kam eine sehr teure Preis- und Aussenseiterpolitik. Auch sind von der Leitung
 sogenannte Nebengeschäfte gemacht worden, die sich als überverlustreich erwiesen
 haben, über die aber der Öffentlichkeit bisher keine nähere Aufklärung gegeben
 worden ist.

Wir erleben auch beim Wikingkonzern die alte Erfahrung, dass die verant-
 wortliche Leitung mit heiler Haut davonkommt und für ihre Verlustgeschäfte nich
 gerade zu stehen braucht. Der Wikingkonzern wird mit dem Baukonzern Dyckerhoff
und Widmann verschmolzen.

Abgeschwächt.

(Berliner Getreidebörse vom 22. Aug.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Sonnabend in recht stiller
 Haltung. Die Umsatztätigkeit bewegte sich in engen Grenzen. Das Angebot an prom-
 tem Weizen und Roggen ist seit Freitagnachmittag etwas grösser geworden, ohne
 jedoch dringend zu sein. Da sich aber bei dem schleppenden Mehlgeschäft und den
 geringen Exportaussichten nur wenig Kauflust bemerkbar machte, konnten sich die
 Preise für beide Brotgetreidearten nicht behaupten. Sie gingen um 1 bis 2 Mark
 zurück. Auch am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich bei der Eröffnung leich-
 te Abschwächungen, die indessen im Verlaufe der Börse zum Teil wieder aufgeholt
 wurden. In Mehl beider Sorten fanden nur geringfügige Bedarfskäufe statt, ob-
 wohl die Mühlen ihre Forderungen teilweise um etwa 25 Pfennig ermässigt hatten.
 Für Hafer war die Tendenz im allgemeinen stetig.

	21. August	22. August
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	221 - 223	220 - 222
Roggen	166 - 168	167 - 169
Neue Wintergerste	152 - 162	152 - 162
Hafer	147 - 156	147 - 156
Weizenmehl	27,50 - 33,75	27,25 - 33,50
Roggenmehl	24,10 - 26,75	24,00 - 26,50
Weizenkleie	11,75 - 12,25	11,75 - 12,25
Roggenkleie	10,25 - 10,75	10,25 - 10,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 228-228½ Geld
 (Vortag 229), Oktober 227 (228), Dezember 226½ (227). Roggen September 178 Geld
 (178), Oktober 178½-179½ (179), Dezember 178½-179 (179). Hafer September 147-
 146½ Geld (145), Oktober 147 (146) Dezember 148 Geld (148).

SPD. Die Hausbesitzerorganisationen haben in den letzten Tagen alle Miner springen lassen, um zu der gewünschten Beseitigung der Hauszinssteuer zu kommen. Das winkende Milliardengeschenk auf Kosten des Staates und der Allgemeinheit ist den Hausbesitzern schon des Schweisses des Edlen wert. Dabei werden Argumente vorgebracht, die man nicht für möglich halten sollte.

So bringt man neuerdings die Forderung nach Beseitigung der Hauszinssteuer in Zusammenhang mit der Wiedereröffnung der Börse. Man behauptet, die Börse könne unmöglich eröffnet werden, wenn der Hausbesitz nicht in irgendeiner Weise entlastet würde. Nur durch Beseitigung der Hauszinssteuer und Entlastung des Hausbesitzes könnten auch der Pfandbriefmarkt und die grossen Hypothekenbanken entlastet werden. Das ist selbstverständlich ausgemachter Idiotismus. Aber man ist um wirkliche Argumente für diesen neuen Raub so verlegen, dass man das Spiel mit den blödsinnigsten Mitteln versucht.

Wie wir hören, soll sich auch eine preussische Stelle dieser Argumentation zugänglich gezeigt haben. Wir können die in Frage kommende Stelle nur warnen, in dieser kritischen Zeit auf eine laufende Einnahmequelle zu verzichten. Oder denkt man so optimistisch über den kommenden Winter? Wenn, so möchten wir gern wissen, wie man diesen Optimismus begründet. Wir befürchten, dass wir in diesem Winter in den Mietskasernen Berlins und anderer Grosstädte an sich schon einen lieblichen Hexentanz erleben. Will man diese Dinge ganz und gar auf die Spitze treiben?

SPD. Mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage hat die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, ihre für Ende September 1931 in Nürnberg geplante Jahreshauptversammlung nicht durchzuführen, sondern die Hauptversammlung auf das Frühjahr 1932 wiederum mit dem Tagungsort Nürnberg zu verlegen.

SPD. Die Maschinenfabrik A.G. Eckert in Berlin ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Der gerichtliche Vergleich ist beantragt worden. Die ebenfalls in Zahlungsschwierigkeiten geratene Th. Flöther Maschinenfabrik A.G. in Gassen verlangt von ihren Gläubiger eine zinslose Aussetzung der Zahlungen bis zum Sommer 1933.

SPD. Wie das Preussische Statistische Landesamt mitteilt, haben sich die Gesamteinlagen bei den preussischen Sparkassen im Monat Juli 1931 um 180,9 Millionen Mark auf 6505,3 Millionen Mark vermindert. Da die preussischen Sparkassen im Juni 102,4 Millionen Mark Einlagen verloren haben, senkten sich die Spareinlagen in Preussen seit dem Höchststand im Mai 1931 mit 6788,6 Millionen Mark um 283,3 Millionen Mark = 4,2 Prozent.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 22. August. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 138, II. 128, abfallende Sorten 114 Mark. Tendenz: stetig.



Rechenschaft.

Jahrbuch 1930 des ADGB.

SPD. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat eben sein Jahrbuch 1930 veröffentlicht. Es ist ein Rechenschaftsbericht von grossem Wurf zur Vorbereitung der Öffentlichkeit auf den Kongress des ADGB, der in acht Tagen in Frankfurt am Main zusammentritt. Der Bericht ist ein an manchen Stellen geradezu dramatisch wirkendes Stück Zeitgeschichte, denn er schildert mit seinen Feststellungen, Zahlen und kritischen Beleuchtungen der arbeitspolitischen Vorgänge die Geschichte eines gigantischen Kampfes: des Kampfes der Gewerkschaften zur Verteidigung der sozialen Stellung der Arbeiterklasse, die während eines Menschenalters im Ringen zwischen Kapital und Arbeit unter ungeheuren Opfern und Anstrengungen erobert wurde.

Von besonderem Interesse ist das Kapitel über den Kampf um die wirtschafts- und sozialpolitische Ueberwindung der Wirtschaftskrise, vor allem seit den Wahlen des Unheils vom 14. September. Genauere Beachtung verdienen auch die Darstellungen über die Tariflöhne und über die Bedrohung des Tarifvertrags. Darüber hinaus bringt das Jahrbuch eine gewaltige Fülle wirtschaftlicher, sozialpolitischer und gewerkschaftsorganisatorischer Tatsachenschilderungen. Es ist eine Fundgrube der Belehrung über den sozialen Kampf der jüngsten Zeit, über Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Invaliden-, Knappschafts- und Angestelltenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitsschutz, Arbeitszeit, öffentliches Schulwesen, gewerkschaftliches Bildungswesen usw. usw. Dieses Jahrbuch ist das Jahrbuch der Arbeit.

Auf die von so manchem Arbeiter gestellte Frage, warum der Widerstand der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gegen den Sozial- und Lohnabbau im wesentlichen versagt habe, antwortet das Jahrbuch: Der Kampf um die innere Verteilung der Lasten hätte erfordert, dass die gesamte politische und gewerkschaftliche Macht restlos für sozialpolitische Fragen eingesetzt worden wäre. Allein die Vermutung, dass bei den bürgerlichen Parteien mit einer grundsätzlichen Abkehr von den sozialpolitischen Forderungen der freien Gewerkschaften zu rechnen sei, habe ich in vollem Umfang bestätigt. In dieser Situation habe aber das gewaltige Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung die Verlegung des Kampfes von der Sozialpolitik auf das Gebiet der reinen Staatspolitik bedeutet. Politische Grundrechte und die Staatsform seien Mittelpunkt und Masstab alles Handelns geworden und infolgedessen sei das sozialpolitische Kampffeld weitgehend den Unternehmern überlassen worden.

Die Verluste sind gross. Aber die Positionen, die gehalten werden, so betont das Jahrbuch, sind trotzdem nicht von geringer Bedeutung. Zu sehr schon hätten kollektives Arbeitsrecht und Sozialversicherung dem sozialen Leben Deutschlands ihren Stempel aufgedrückt, als dass sie ohne Erschütterung nicht nur des inneren Friedens sondern auch des ganzen Staatsorganismus mit einem Schlag beseitigt werden könnten. Trotzdem dürfe natürlich die Gefahr der Aushöhlung der sozialen Regelungen und Einrichtungen nicht übersehen werden. Das seit 12 Jahren geschaffene soziale Klassenrecht der Arbeiterschaft sei in Gefahr. Auf der andern Seite stehe jedoch die Tatsache, dass die Stellung der organisierten Arbeiterbewegung auch heute noch stark sei. Die Regierung brauche

die Hilfe der Arbeiter, und deshalb seien Opfer der Arbeiter ohne politische Gegenleistungen auf die Dauer unerträglich. Wenn die Regierung für ihre Politik die Duldung der Sozialdemokratie verlange, so müsse sie ihrerseits die Gewähr bieten, dass sie unter dem Einsatz aller staatlichen Machtmittel bereit ist, gegen die Diktaturparteien vorzugehen und den demokratischen Staat mit genau derselben Brutalität zu verteidigen, mit der der Angriff gegen ihn vorbereitet werde. Die Regierung wäre nicht in die fast ausweglose aussenpolitische Bedrängnis geraten, und die Wirtschaft wäre nicht so hoffnungslos versackt, wenn an der Spitze der Republik eine Regierung stünde, die im Bund mit der organisierten Arbeiterbewegung den Vorkämpfern des Dritten Reiches den Selbstbehauptungswillen des demokratischen Staates mit furchtloser Entschlossenheit entgegenstellte.

Zu dem Vorstoss der Arbeitgeber gegen das Tarifsysteem bemerkt das Jahrbuch, die Tendenz dieses Vorstosses sei vollkommen eindeutig. Er richte sich gegen die Arbeiterklasse. Demgegenüber müsse hervorgehoben werden, dass jeder Versuch einer dahingehenden Aenderung des Tarifrechts seine Beseitigung bedeutet. Entweder man müsse das geltende Tarifrecht als wichtigste Errungenschaft der Arbeiterklasse unverändert beibehalten oder man müsse es und damit das kollektive Arbeitsrecht in seinem Kernstück beseitigen. Eine grundsätzliche Aenderung, die ein anderes Ergebnis hätte, sei vollkommen ausgeschlossen. Jede Verwirklichung der dahinzzielenden Bestrebungen der Arbeitgeber würde die Friedensgarantie beseitigen, die das heute geltende Tarifrecht nicht nur im Verhältnis von Arbeitgebern zu Arbeitern, sondern auch für die Allgemeinheit bedeutet. Der Kampf aller gegen alle sei die zwangsläufige Folge einer derartigen Aenderung, soweit sich die Arbeitgeber nicht etwa auch noch einbilden, die Gewerkschaften beseitigen zu wollen, bzw. zu können. Die Regierung würde dann sehr bald gezwungen sein, den heutigen Rechtszustand wieder herzustellen.

Das System der Tarifverträge hat sich in der schweren Zeit durchaus behaupet. Die Zahl der Arbeiter, für die die Tarifverträge der freien Gewerkschaften gelten, ging zurück: für die Mantelbedingungen von 10,1 auf 9,9 Millionen und für die Lohnbedingungen von 9,9 auf 9,6. Dieser Rückgang bleibt jedoch hinter dem Rückgang der Zahl der Beschäftigten weit zurück. Im ganzen sind durch die im Herbst 1930 einsetzende Lohnabbauwelle, die bis Ende Mai 1931 lief, Tarifverträge für etwa 9 Millionen Beschäftigte erfasst und darunter für etwa 8 Millionen mit Lohnherabsetzungen erneuert worden. -

Schade, dass man nicht jedem deutschen Arbeiter dieses Jahrbuch in die Hand geben kann; wenn das möglich wäre, und wenn auch nur 50 Prozent in diesem Buch mit etwas Aufmerksamkeit und Nachdenken blättern und lesen würden, die Gewerkschaften wären in Deutschland dann ein gutes Stück weiter. Umso mehr müssen alle berufenen Organe der Arbeiterbewegung die Wissenschaft des Jahrbuchs in Kleinmünze der grossen Masse der Arbeiterschaft übermitteln; denn das Jahrbuch ist nicht nur ein Führer durch das Labyrinth der mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Kämpfen verbundenen Probleme, es ist nicht nur ein glänzender Rechenschaftsbericht, sondern auch eine Rechtfertigung der viel geschmähten Gewerkschaftsführung.

SPD. Der Internationale Hutarbeiterbund, der seit vier Jahren wieder seinen Sitz in Deutschland hat, wird nach dreijähriger Pause in der kommenden Woche in Kopenhagen seinen 12. Kongress abhalten. Der Kongress soll u.a. Vorbereitungen treffen, um so rasch wie möglich ein gesetzliches Verbot der quecksilberhaltigen Beize herbeizuführen. Diese Beize wird von altersher zur Vorbereitung der Tierhaare für den Verfilzungsprozess verwandt, Sie hatte in zahlreichen Fällen Gesundheitsstörungen durch Quecksilbervergiftung zur Folge. Die Anwendung einer vor einiger Zeit erfundenen quecksilberfreien, also nicht gesundheits-